



Silke Müller

Silke Müller • Twistringer Weg 2 • 27793 Wildeshausen

Digitale Welten im Familienalltag („Doing Family digital“)

Stellungnahme von Silke Müller, Erste Digitalbotschafterin Niedersachsens, Bildungsexpertin, Betsellerautorin

1. Welche positiven Funktionen erfüllen digitale Medien für Kinder, Jugendliche und Familien (Teilhabe, Kommunikation, Bildung, Kreativität)?

Digitale Medien sind heute ein selbstverständlicher Teil von Kommunikation, Information und sozialer Teilhabe. Kinder und Jugendliche verabreden sich darüber, tauschen sich aus, organisieren Schule und Freizeit und entdecken kreative Ausdrucksformen. Viele finden über digitale Räume Interessen oder Lernangebote, die sie sonst nie erreicht hätten.

Auch für Familien können digitale Medien verbindend sein. Sie ermöglichen Austausch, halten Kontakte über Distanz aufrecht und unterstützen schulisches Lernen.

Gleichzeitig habe ich in meinen 16 Jahren Schulleitung sehr deutlich erlebt: Diese Chancen entstehen nicht automatisch durch Nutzung. Digitale Räume müssen verstanden werden. Ohne Begleitung bleiben sie häufig Konsumräume, die stark von Plattformlogiken geprägt sind. Der eigentliche Mehrwert entsteht erst dort, wo Kinder verstehen, wie diese Systeme funktionieren und welche Interessen dahinterstehen.

2. Wo erleben Eltern konkret Überforderung im Umgang mit Plattformlogiken und Geräteeinstellungen (Algorithmisierung, Dauerverfügbarkeit, Monetarisierung)?

Viele Eltern erleben Überforderung weniger bei der Nutzung selbst als bei den Strukturen dahinter.

Plattformen arbeiten mit komplexen Mechanismen: algorithmische Empfehlungssysteme, Endlosscrollen, permanente Benachrichtigungen, Gamification oder gezielte Monetarisierung über In App Käufe. Diese Mechanismen sind bewusst so gestaltet, dass Nutzer möglichst lange auf der Plattform bleiben.

Eltern stellen sich dann Fragen, auf die sie oft keine Antworten haben: Warum werden meinem Kind immer extremere Inhalte vorgeschlagen? Warum endet der Strom an Videos nie? Wie lassen sich Privatsphäre Einstellungen wirklich kontrollieren? Welche Daten werden gesammelt?

Hier entsteht ein Wissensgefälle zwischen Plattformdesign und familiärer Alltagskompetenz. Viele Eltern versuchen sehr engagiert zu begleiten, stoßen aber an Grenzen, weil sie selbst nie gelernt haben, diese Systeme zu durchschauen.

3. Welche Konflikte entstehen im Familienalltag durch exzessive Nutzung, In App Käufe oder soziale Vergleichsdynamiken?

Konflikte entstehen im Familienalltag häufig an drei Punkten.

Erstens bei der Zeit. Diskussionen über Bildschirmzeiten, Smartphones im Schlafzimmer oder das Abschalten am Abend gehören inzwischen zum Alltag vieler Familien.

Zweitens bei Geld. In App Käufe oder spielinterne Bezahlssysteme können schnell unübersichtlich werden und führen immer wieder zu Konflikten.

Drittens bei sozialen Dynamiken. Plattformen machen Vergleich permanent sichtbar. Likes, Followerzahlen und Inszenierungen von Lebensstilen erzeugen Druck. Kinder erleben früh, dass Anerkennung im Netz messbar erscheint.

Diese Dynamiken wirken direkt in Familien hinein und verändern Gespräche, Erwartungen und Selbstbilder.

4. Inwiefern stellen Sharenting und Family Influencing eine Beeinträchtigung des Rechts von Kindern auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung dar?

Sharenting beschreibt das Teilen von Bildern, Videos oder persönlichen Informationen über Kinder durch ihre Eltern in sozialen Netzwerken. Häufig geschieht das unbedacht und aus einem Moment der Freude heraus. Gleichzeitig entsteht dadurch eine digitale Biografie, über die Kinder selbst nie entschieden haben.

Beim sogenannten Family Influencing gehen diese Prozesse teilweise noch weiter. Hier werden Kinder Teil einer öffentlichen Inszenierung oder sogar eines Geschäftsmodells.

Das berührt grundlegende Rechte des Kindes auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung.

Ein weiterer Punkt wird dabei oft übersehen: Öffentlich zugängliche Bilder von Kindern können auch von Tätern genutzt werden. Beim Cybergrooming suchen Täter gezielt nach Profilen, auf denen Kinder sichtbar sind oder Kontaktmöglichkeiten bestehen.

Deshalb brauchen wir mehr Sensibilität für die digitale Sichtbarkeit von Kindern. Es geht nicht darum, Eltern unter Generalverdacht zu stellen. Aber Kinder haben ein Recht darauf, später selbst zu entscheiden, welche Spuren ihrer Kindheit im Netz existieren.

5. Ab welchem Punkt wird aus intensiver Nutzung eine entwicklungsrelevante Problematik?

Die reine Bildschirmzeit allein ist kein verlässlicher Maßstab. Entscheidend ist, ob sich Verhalten und Wohlbefinden verändern.

Warnzeichen können sein: Schlafmangel, sozialer Rückzug, starke Stimmungsschwankungen oder das Gefühl, nicht mehr aufhören zu können. Auch schulische Probleme oder der Verlust von Interessen außerhalb der digitalen Welt können Hinweise sein.

Hinzu kommen neue Entwicklungen, die wir erst beginnen zu verstehen. Dazu gehört zum Beispiel die zunehmende Kommunikation von Kindern und Jugendlichen mit KI-basierten Chatbots. Für manche Jugendliche werden solche Systeme zu Gesprächspartnern, wenn sie sich einsam fühlen oder keine anderen Ansprechpartner haben. Hier entstehen Bindungen, die wir pädagogisch und psychologisch noch viel genauer betrachten müssen.

Auch digitale Ausgrenzung spielt eine Rolle. Wenn Kommunikation fast vollständig über Plattformen läuft, kann ein Ausschluss aus Gruppen oder Chats sehr starke Auswirkungen auf das Zugehörigkeitsgefühl haben. Kinder erleben dann Einsamkeit nicht nur offline, sondern auch digital.

Diese Entwicklungen zeigen, dass wir nicht nur über Nutzung sprechen müssen, sondern über soziale Dynamiken in digitalen Räumen.

6. Welche Unterstützung benötigen Eltern konkret – Information, Beratung, technische Tools, strukturelle Regulierung?

Viele Eltern möchten ihre Kinder gut begleiten. Aber sie fühlen sich häufig allein gelassen.

Sie brauchen verständliche Informationen darüber, wie Plattformen funktionieren. Sie brauchen Beratungsangebote, wenn Konflikte entstehen. Und sie brauchen technische Unterstützung bei Schutzfunktionen und Einstellungen.

Hilfreich sind niedrigschwellige Angebote wie etwa **SocialMediaSprechstunde.de**, die Familien, Schulen und Organisationen Orientierung im Umgang mit sozialen Netzwerken bietet und aktuelle Risiken verständlich erklärt.

Gleichzeitig dürfen wir die Verantwortung nicht allein auf Familien verlagern.

Medienkompetenz muss strukturell aufgebaut werden. In Schulen, in der Ausbildung von Lehrkräften und in der gesamten Gesellschaft. Digitale Bildung braucht Zeit, Raum und klare Priorität.

Kinder brauchen Schutzräume.

Jugendliche brauchen Vorbereitung auf verantwortliche digitale Teilhabe.

Und Eltern brauchen Unterstützung, um ihre Kinder in dieser digitalen Welt begleiten zu können.

Digitale Begleitung ist keine private Aufgabe einzelner Familien.

Sie ist eine gemeinsame gesellschaftliche Verantwortung.

II Risiken und Kompetenzen

1. Welche Schutz und Resilienzkompetenzen brauchen Kinder und Jugendliche im Umgang mit unter anderem Cybermobbing, Cybergrooming, problematischen Schönheitsidealen, Desinformation, Glücksspielmechaniken?

Kinder und Jugendliche brauchen heute weit mehr als reine Bedienkompetenz. Sie müssen lernen, digitale Räume zu verstehen, einzuordnen und sich in ihnen zu schützen. Genau daran fehlt es aber bislang viel zu oft.

Im Umgang mit Cybermobbing brauchen sie die Fähigkeit, Grenzverletzungen zu erkennen, Hilfe zu holen, Beweise zu sichern und sich nicht aus Scham oder Angst zurückzuziehen. Viele junge Menschen wissen zwar, dass etwas nicht in Ordnung ist, aber sie wissen nicht, was sie konkret tun können. Schutz beginnt hier mit Sprache, mit Handlungssicherheit und mit dem Wissen: Ich muss das nicht allein aushalten.

Beim Cybergrooming ist das besonders deutlich. Kinder und Jugendliche müssen lernen, wie Täter vorgehen. Dass Anbahnung oft freundlich beginnt, mit Interesse, Verständnis, Komplimenten und vermeintlicher Nähe. Sie müssen wissen, dass digitale Kommunikation nicht harmlos ist, nur weil sie vertraut wirkt. Hier geht es um Misstrauenskompetenz an den richtigen Stellen, ohne Kinder generell ängstlich zu machen.

Im Bereich problematischer Schönheitsideale brauchen junge Menschen die Fähigkeit, Inszenierungen als Inszenierungen zu erkennen. Sie müssen verstehen, dass viele Bilder bearbeitet, kuratiert und nach Logiken der Sichtbarkeit gestaltet sind. Sonst messen sie sich an etwas, das mit Realität wenig zu tun hat. Das ist gerade in einer Phase der Identitätsentwicklung hoch problematisch.

Im Umgang mit Desinformation geht es darum, Quellen einordnen zu können, emotionale Zuspitzungen zu erkennen und sich nicht allein von Reichweite oder professioneller Aufmachung täuschen zu lassen. Kinder und Jugendliche müssen lernen, dass nicht alles wahr ist, nur weil es oft geteilt wird oder überzeugend klingt.

Bei Glücksspielmechaniken braucht es ein Verständnis dafür, wie Belohnungssysteme funktionieren. Viele junge Menschen erkennen gar nicht, dass bestimmte Mechanismen in Spielen oder Apps mit Glücksspielprinzipien arbeiten. Sie erleben den Reiz, aber nicht die dahinterliegende Struktur. Auch hier ist Aufklärung zentral.

Resilienz bedeutet in diesem Zusammenhang nicht, dass Kinder alles aushalten sollen. Resilienz bedeutet, Risiken zu erkennen, Hilfe anzunehmen, Grenzen zu setzen und die eigene Verletzlichkeit nicht als persönliches Versagen zu erleben.

2. Wie unterscheiden sich diese Kompetenzen altersgerecht?

Wir machen einen großen Fehler, wenn wir über Kinder und Jugendliche sprechen, als wäre das eine einzige Gruppe. Das ist fachlich nicht haltbar.

In der Kindheit geht es zuerst um Schutz, Orientierung und Grundvertrauen. Kleine Kinder brauchen keine abstrakten Vorträge über Plattformökonomie. Sie brauchen Erwachsene, die hinschauen, begleiten und klare Grenzen setzen. In diesem Alter geht es darum, erste Regeln zu verstehen, Gefühle benennen zu können, gute und schlechte Geheimnisse zu unterscheiden und bei Unsicherheit sofort Hilfe holen zu dürfen.

Im Grundschulalter kann Medienbildung schon deutlich konkreter werden. Kinder können lernen, warum nicht jeder im Netz ehrlich ist, warum man nicht alles anklickt, warum Bilder nicht immer echt sind und dass man Nein sagen darf, wenn etwas unangenehm wird. Hier geht es um Basiskompetenzen, um Sprache für Grenzverletzungen und um erste Einordnung.

In der frühen Jugend verschieben sich die Anforderungen. Dann kommen Gruppendruck, soziale Vergleiche, erste Identitätsfragen und die Bedeutung von Zugehörigkeit viel stärker ins Spiel. Jugendliche müssen dann verstehen, wie Plattformen Aufmerksamkeit steuern, wie Likes und Sichtbarkeit wirken und wie leicht man in Dynamiken gerät, die das eigene Selbstbild massiv beeinflussen.

In der späteren Jugend geht es stärker um Verantwortung, Urteilsfähigkeit und Selbstregulation. Dann muss es auch um politische Desinformation, um ökonomische Interessen hinter Plattformen, um Datenschutz, um demokratische Verantwortung und um die eigene Rolle in digitalen Öffentlichkeiten gehen.

Altersgerecht heißt also nicht, Inhalte nur zu vereinfachen. Altersgerecht heißt, an die jeweilige Entwicklungsphase anzuschließen.

3. Wo liegen die Grenzen individueller Medienkompetenz, wenn Plattformdesigns auf Bindung, Trigger und maximale Verweildauer ausgerichtet sind?

Hier liegt einer der entscheidenden Punkte in der gesamten Debatte.

Wir sprechen sehr oft über Medienkompetenz, als könne sie alles lösen. Das halte ich für einen gefährlichen Irrtum. Natürlich ist Medienkompetenz unverzichtbar. Aber sie stößt dort an Grenzen, wo hochprofessionelle Systeme gezielt auf Bindung, Reizverstärkung und Verhaltenssteuerung ausgelegt sind.

Man kann von Kindern und Jugendlichen nicht erwarten, dass sie sich allein gegen Mechanismen behaupten, die von Unternehmen mit enormem technischem, psychologischem und ökonomischem Aufwand entwickelt werden. Endlosscrollen, variable Belohnung, Push Benachrichtigungen, algorithmische Zuspitzung und soziale Bestätigung sind nicht zufällig da. Sie sind Teil eines Designs, das Verweildauer maximieren soll.

Deshalb ist es so verkürzt, die Debatte immer wieder als Gegensatz zwischen Verbot und Kompetenzaufbau zu führen. Das eine ersetzt das andere nicht. Medienkompetenz ohne regulatorische Leitplanken überfordert Kinder und Jugendliche. Regulierung ohne Bildung bleibt lückenhaft.

Wir brauchen endlich die Ehrlichkeit zu sagen: Individuelle Kompetenz ist wichtig, aber sie kann strukturelle Verantwortung nicht ersetzen.

4. Welche Rolle spielen Kitas, Schule, Jugendhilfe und Eltern jeweils – und wo entstehen Zuständigkeitslücken?

Im Moment erleben wir in Deutschland vor allem eines: Viele fühlen sich zuständig, aber niemand ist wirklich strukturell verantwortlich. Genau darin liegt ein Kernproblem.

Eltern sind die ersten und wichtigsten Bezugspersonen. Sie prägen Mediennutzung im Alltag, setzen Grenzen, begleiten und geben Orientierung. Aber viele Eltern sind selbst überfordert, weil sie in diese digitale Welt nie systematisch eingeführt wurden. Wir können von ihnen nicht erwarten, alles allein zu leisten.

Kitas spielen eine wichtige Rolle, lange bevor es um eigene Geräte geht. Dort geht es nicht um Bildschirmzeiten, sondern um frühe Grundlagen: Kommunikation, Empathie, Frustrationstoleranz, Impulskontrolle, Sprache, Beziehung. All das sind Basiskompetenzen, die später auch im digitalen Raum tragen. Diese Verbindung wird bislang viel zu selten gesehen.

Schule hat eine Schlüsselrolle, weil sie der einzige Ort ist, an dem wir alle Kinder erreichen. Genau deshalb darf Medienbildung dort kein Randthema sein. Schule muss Räume schaffen, in denen über Cybermobbing, Manipulation, KI, Schönheitsideale, Datenschutz, digitale Ethik und demokratische Verantwortung gesprochen wird. Nicht punktuell, sondern verbindlich.

Die Jugendhilfe ist dort zentral, wo Belastungen, Ausgrenzung, familiäre Überforderung oder konkrete Gefährdungen auftreten. Sie ist oft näher an den Lebenslagen als andere Systeme, wird aber in der Debatte zu selten mitgedacht.

Die Zuständigkeitslücken entstehen immer dort, wo Verantwortung weitergereicht wird. Eltern verweisen auf Schule, Schule auf Elternhaus, Politik auf Eigenverantwortung, Plattformen auf Nutzungsbedingungen. Und am Ende stehen Kinder und Jugendliche zwischen allen Ebenen.

Genau deshalb braucht es klare Zuständigkeiten und eine gemeinsame Strategie.

5. Wie und ab welchem Alter kann Medienbildung systematisch verankert werden?

Medienbildung muss so früh beginnen, wie Kinder beginnen, Welt auch digital zu erleben. Und das ist heute sehr früh.

Sie darf nicht erst einsetzen, wenn Probleme längst da sind. Sie muss von Anfang an Teil von Bildung und Erziehung sein. Natürlich altersgerecht, aber verbindlich.

Ich halte es für einen zentralen Fehler, Medienbildung immer wieder als Zusatzaufgabe zu behandeln. Mal ein Projekttag, mal eine externe Fachkraft, mal eine Unterrichtseinheit, wenn gerade Zeit ist. So entsteht keine digitale Souveränität.

Medienbildung muss systematisch verankert werden. Ab der Grundschule verbindlich und mit klar definierten Inhalten. Und aus meiner Sicht braucht es dafür deutlich mehr Zeit und Verbindlichkeit, als wir derzeit vorsehen. Deshalb fordere ich seit Langem ein festes Digital Literacy Training. Nicht als nette Ergänzung, sondern als strukturell verankerten Bestandteil schulischer Bildung.

Dabei muss es um mehr gehen als um Geräte oder Apps. Es geht um Algorithmen, um Manipulation, um Daten, um Ethik, um Kommunikation, um Respekt, um demokratische Verantwortung, um Selbstregulation und um die Frage, wie wir in digitalen Räumen miteinander umgehen wollen.

Gleichzeitig reicht Schule allein nicht. Medienbildung muss auch Eltern erreichen, Lehrkräfte in Aus- und Fortbildung verpflichtend einbeziehen und gesellschaftlich breiter aufgebaut werden. Auch Seniorinnen und Senioren brauchen Aufklärung, Schutz und Orientierung. Gerade sie spielen in Familien oft eine wichtige Rolle, auch als Großeltern, und sind gleichzeitig selbst von Desinformation und digitalem Betrug betroffen.

Wenn wir Medienbildung ernst meinen, dann müssen wir endlich definieren, was sie konkret umfasst, wo sie verbindlich stattfindet und wer dafür Verantwortung trägt.

III Prävention und Früherkennung: Was wirkt, was erreicht wen?

1. Welche Präventionsangebote gegen exzessive Mediennutzung und Mediensucht, digitale Gewalt, sexualisierte Gewalt, Hate Speech und Ähnliches existieren bundesweit – und wie werden sie genutzt?

Bundesweit gibt es eine Reihe sinnvoller Angebote. Das Problem ist nicht, dass gar nichts da wäre. Das Problem ist, dass vieles nebeneinandersteht, zu wenig verbindlich verzahnt ist und im Alltag der Familien, Schulen und Fachkräfte oft nicht systematisch ankommt.

Für exzessive Mediennutzung gibt es mit **Ins Netz gehen** ein bundesweites Angebot des Bundesinstituts für Öffentliche Gesundheit mit Informationen, Selbsttests, Beratung und einer Beratungsstellensuche für Jugendliche, Eltern sowie Lehr- und Fachkräfte. Auf der Seite werden typische Warnzeichen wie unkontrollierter, stundenlanges Medienkonsum, steigende Nutzungszeiten, Vernachlässigung sozialer Kontakte und misslingende Reduktionsversuche ausdrücklich benannt.

Für digitale Gewalt, Cybermobbing, Sextortion, Hass im Netz oder sexuelle Belästigung gibt es bundesweit vor allem **klicksafe**, **JUUUPOORT** und **Nummer gegen Kummer**. klicksafe ist die

bundesweite Medienkompetenz Initiative für mehr Sicherheit im Netz und stellt Materialien, Handreichungen und Fortbildungen bereit. JUUUPORT ist eine bundesweite Online Beratung von jungen Menschen für junge Menschen, unter anderem zu Cybermobbing, Cybergrooming, Fake News, Schönheitsidealen, sexueller Belästigung und Mediensucht. Nummer gegen Kummer bietet seit vielen Jahren anonyme telefonische und digitale Beratung für Kinder, Jugendliche und Eltern an und ist Teil des deutschen Safer Internet Centre.

Wichtig ist auch der Hinweis, dass frühere Lotsenangebote wie **jugend.support** nicht mehr eigenständig bestehen. Die Inhalte wurden zu JUUUPORT überführt, nachdem die Projektförderung Ende 2022 ausgelaufen war. Auch das zeigt ein strukturelles Problem: Wir bauen Angebote auf, aber sichern sie oft nicht dauerhaft ab.

Genutzt werden diese Angebote durchaus. Nummer gegen Kummer verzeichnet nach eigenen Angaben jährlich über 370.000 Anrufe am Kinder und Jugendtelefon sowie zusätzlich zehntausende Online Beratungen. Das zeigt sehr deutlich, wie hoch der Bedarf ist.

2. Welche Evidenz gibt es zur Wirksamkeit dieser Angebote?

Hier muss man ehrlich sein: Wir haben einzelne gut etablierte und fachlich wertvolle Angebote, aber die Evidenzlage ist insgesamt nicht so stark und flächendeckend, wie sie bei einem so zentralen gesellschaftlichen Thema sein müsste.

Es gibt evaluierte Projekte. Für den Bereich exzessive Mediennutzung wird das Peer Projekt **Net Piloten** ausdrücklich als evaluiert beschrieben. Auch in Materialien der Bundeszentrale beziehungsweise des Bundesinstituts wird auf diese Evaluation verwiesen.

Grundsätzlich zeigt die Fachliteratur seit Jahren, dass Prävention dann eher wirkt, wenn sie nicht als einmalige Aktion daherkommt, sondern kontinuierlich, mehrstufig und systemisch angelegt ist. Bei Cybermobbing etwa verweisen die vorhandenen Materialien und Handreichungen klar darauf, dass reine Einmalmaßnahmen oder bloß strafende Reaktionen nicht ausreichen, sondern systemische, schulweite und pädagogisch eingebettete Ansätze nötig sind.

Für die Prävention sexualisierter Gewalt gibt es darüber hinaus seit Langem Hinweise darauf, dass Programme wirksam sein können, wenn sie nicht nur Betroffene adressieren, sondern auch Mitwisserinnen und Mitwisser aktivieren und Handlungssicherheit schaffen.

Aus meiner Sicht ist das der entscheidende Punkt: Wir wissen genug, um sagen zu können, was nicht wirkt. Nicht wirksam sind punktuelle Projektstage ohne Anschluss, bloße Informationsflyer ohne Beziehungsebene und Prävention, die nur auf Einsicht setzt, aber die Macht von Plattformdesign, Gruppendruck und Entwicklungsdynamik unterschätzt.

3. Erreichen Präventionsangebote besonders vulnerable Gruppen, etwa armutsbetroffene Familien oder Kinder mit Förderbedarf? Wenn nein, warum nicht?

Nein, sie erreichen sie nicht verlässlich genug.

Das liegt nicht daran, dass diese Familien oder Kinder kein Interesse hätten. Es liegt daran, dass unsere Angebote oft voraussetzen, was gerade fehlt: Zeit, Sprache, stabile Strukturen, digitale Zugänge, Vertrauen in Institutionen und die Fähigkeit, sich selbst aktiv Hilfe zu organisieren.

Gerade armutsbetroffene Familien haben häufig mit Mehrfachbelastungen zu tun. Wenn Alltag von Geldsorgen, enger Wohnsituation, psychischem Druck und bürokratischen Anforderungen geprägt ist, dann rutschen Präventionsangebote schnell nach hinten. Im Nationalen Aktionsplan „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“ wird selbst benannt, dass armutsbetroffene Familien und Familien mit Migrationshintergrund einen besonderen Unterstützungsbedarf haben.

Hinzu kommt: Viele Angebote sind sprachlich, zeitlich oder strukturell nicht ausreichend barrierearm. Sie setzen Lesekompetenz, aktive Recherche oder ein hohes Maß an Eigeninitiative voraus. Dass selbst etablierte Beratungsangebote ihre Plattformen erst schrittweise barrierearm weiterentwickeln, zeigt, dass wir an dieser Stelle noch nicht da sind, wo wir sein müssten.

Kinder mit Förderbedarf sind ebenfalls nicht automatisch mitgemeint. Gerade sie brauchen oft klarere Strukturen, wiederholte Übungen, niedrigschwellige Sprache und verlässliche Bezugspersonen. Wenn Prävention abstrakt bleibt, verfehlt sie genau diejenigen, die sie am dringendsten brauchen.

4. Welche Warnsignale für Suchtentwicklung, depressive Symptomatik, sozialen Rückzug oder Schulverweigerung sind Fachkräften bekannt? Werden sie frühzeitig und ausreichend erkannt und welche konkreten Schritte folgen daraus?

Viele Warnsignale sind grundsätzlich bekannt. Die größere Frage ist, ob sie im Alltag früh genug gesehen, richtig eingeordnet und konsequent bearbeitet werden.

Zu den typischen Warnzeichen gehören Kontrollverlust über die Nutzungsdauer, Schlafmangel, starke gedankliche Beschäftigung mit Spielen oder sozialen Netzwerken, Reizbarkeit bei Unterbrechung, Rückzug aus Freundschaften und Freizeit, Leistungsabfall in der Schule und misslingende Versuche, die Nutzung zu reduzieren. Genau solche Anzeichen benennt auch Ins Netz gehen ausdrücklich.

In der Praxis sehe ich aber seit Jahren ein anderes Problem: Viele dieser Signale werden zunächst als Pubertät, Unlust, Faulheit oder allgemeine psychische Belastung gelesen. Das ist verständlich, aber oft zu spät. Sozialer Rückzug, Einsamkeit, nächtliche Nutzung, Ausgrenzung in Klassenchats, digitale Dauerkommunikation oder die Verlagerung emotionaler Bindung auf KI Chatbots werden noch viel zu selten zusammen gedacht.

Gerade die Kommunikation mit KI Chatbots haben wir noch nicht genug im Blick. Wenn Jugendliche dort Trost, Spiegelung oder Beziehungserleben suchen, kann das Ausdruck von Einsamkeit sein, aber

auch Rückzug verstärken. Das ist kein Randthema mehr. Auch Beratungs und Präventionsakteure greifen das inzwischen auf. So hat Nummer gegen Kummer zum Safer Internet Day 2026 mit über 50.000 Jugendlichen den Umgang mit KI Begleitern thematisiert.

Früherkennung gelingt dort besser, wo Schule, Elternhaus, Schulsozialarbeit, Jugendhilfe und gegebenenfalls medizinische oder psychologische Fachstellen miteinander sprechen. Was oft fehlt, sind klare Meldewege und klare nächste Schritte. Es reicht nicht, Auffälligkeiten zu sehen. Es muss dann auch geklärt sein, wer mit dem Kind spricht, wer die Eltern einbindet, wann Beratung hinzukommt und wann therapeutische Hilfe nötig ist.

5. Welche Rolle spielen Plattformbetreiber bei Prävention – und wo sehen Sie Defizite?

Plattformbetreiber spielen eine zentrale Rolle. Und genau diese Rolle wird in der Debatte noch immer zu oft kleingeredet.

Man kann nicht ernsthaft über Prävention sprechen und gleichzeitig so tun, als seien Plattformen nur neutrale Bühnen. Sie gestalten die Umgebungen, in denen Kinder und Jugendliche sich bewegen. Sie entscheiden über Empfehlungslogiken, Sichtbarkeit, Verstärkung, Endlosmechaniken, Benachrichtigungssysteme, Altersabfragen und Meldewege.

Wenn Plattformen auf maximale Verweildauer, Reizverstärkung und Monetarisierung ausgerichtet sind, dann entsteht Prävention nicht von selbst. Dann wird sie aktiv erschwert.

Die Defizite sind aus meiner Sicht sehr klar: Altersgrenzen werden nicht wirksam durchgesetzt. Melde- und Beschwerdestrukturen sind für junge Nutzer oft zu kompliziert oder zu wenig wirksam. Schutzstandards sind nicht konsequent kindgerecht gedacht. Und bei algorithmischer Verstärkung problematischer Inhalte fehlt nach wie vor Transparenz. Der Gefährdungsatlas der BzKJ benennt ausdrücklich Risiken wie Cybergrooming, Cybermobbing, Hass und exzessive Mediennutzung und macht deutlich, dass es ein abgestimmtes Chancen- und Risikomanagement zwischen den verantwortlichen Akteuren braucht.

Ich halte deshalb wenig von einer Debatte, die Prävention fast ausschließlich bei Familien, Schulen oder der Jugendhilfe verortet. Natürlich tragen sie Verantwortung. Aber Plattformbetreiber tragen sie eben auch. Und zwar nicht am Rand, sondern im Zentrum.

Am Ende gilt auch hier: Prävention, die nur auf individuelle Stärke setzt und strukturelle Risiken ignoriert, greift zu kurz. Kinder und Jugendliche brauchen Schutz, Kompetenzen und verlässliche Erwachsene. Aber sie brauchen auch digitale Räume, die sie nicht systematisch überfordern.

IV Hilfewege und Meldestrukturen

1. Welche Formen digitaler Gewalt nehmen aktuell zu?

Was wir seit Jahren sehen, ist keine einzelne Entwicklung, sondern eine Ausweitung verschiedener Gewaltformen im digitalen Raum. Besonders sichtbar sind Cybermobbing, Cybergrooming, Sextortion, Hassrede, die Verbreitung sexualisierter Inhalte, digitale Demütigung über Bilder und Videos sowie Gewalt in Gruppen und Chats. Das BKA beschreibt Cybergrooming ausdrücklich als Anbahnung sexueller Kontakte mit Kindern und Jugendlichen im Internet, und die Bundeszentrale für Kinder und Jugendmedienschutz benennt unter anderem Cybergrooming, Cybermobbing, Hass und exzessive Mediennutzung als zentrale Gefährdungen im digitalen Aufwachsen.

Hinzu kommen Entwicklungen, die wir lange unterschätzt haben: geschlossene oder halbgeschlossene Chatgruppen, in denen Gewalt, Erniedrigung oder sexualisierte Grenzverletzungen normalisiert werden, sowie digitale Radikalisierungsräume, in denen Vertrauen aufgebaut und dann gezielt manipuliert wird. Auch darauf weist das BKA inzwischen ausdrücklich hin.

Aus meiner Sicht ist entscheidend: Digitale Gewalt ist längst nicht mehr nur ein „Onlineproblem“. Sie greift direkt in das Leben von Kindern und Jugendlichen ein, bis in Schule, Familie und psychische Gesundheit hinein.

2. Wie niedrigschwellig und bekannt sind bestehende Meldestrukturen auf Plattformen tatsächlich für Kinder und Jugendliche?

Es gibt Meldestrukturen, aber sie sind für viele Kinder und Jugendliche weder wirklich niedrigschwellig noch verlässlich verständlich. Genau das ist eines der Kernprobleme.

Auf Plattformen selbst sind Meldewege oft versteckt, uneinheitlich, sprachlich unklar oder so gestaltet, dass Kinder nicht sicher wissen, was mit ihrer Meldung passiert. Eine aktuelle Untersuchung des Verbraucherzentrale Bundesverbands kommt zu dem Ergebnis, dass viele Plattformen die nach dem Digital Services Act geforderten nutzerfreundlichen Meldeverfahren nicht ausreichend umsetzen und dass technische Barrieren, intransparente Prozesse und manipulative Designs das Melden erschweren.

Gerade deshalb sind externe, niedrigschwellige Strukturen wichtig. JUUUPORT bietet ein Meldeformular für problematische Inhalte und Accounts, die Internet Beschwerdestelle ermöglicht eine einfache und vertrauliche Meldung rechtswidriger Inhalte, und JUUUPORT ist als bundesweite Onlineberatung für junge Menschen etabliert. Das sind gute Ansätze. Aber sie sind vielen Kindern und Jugendlichen noch immer nicht ausreichend bekannt.

3. Warum wird digitale Gewalt häufig nicht angezeigt?

Digitale Gewalt wird oft nicht angezeigt, weil Betroffene sich schämen, Angst vor den Folgen haben oder nicht glauben, dass ihnen wirklich geholfen wird. Viele Kinder und Jugendliche befürchten, dass die Situation schlimmer wird, wenn sie etwas sagen. Andere haben Angst, dass ihnen das Smartphone weggenommen wird oder dass Erwachsene den Ernst der Lage nicht verstehen.

Hinzu kommt, dass digitale Gewalt oft diffus beginnt. Ein beleidigender Kommentar, eine Gruppe, aus der man ausgeschlossen wird, eine sexualisierte Nachricht, die „nur als Spaß“ bezeichnet wird. Kinder und Jugendliche fragen sich dann häufig selbst, ob das schon schlimm genug ist. Genau diese Unsicherheit führt dazu, dass Hilfe zu spät gesucht wird.

Ein weiterer Punkt ist das mangelnde Vertrauen in Wirksamkeit. Wenn Meldewege unklar sind oder Plattformen kaum reagieren, entsteht schnell der Eindruck, dass Anzeigen ohnehin nichts bringen. Dass solche Zweifel nicht unbegründet sind, zeigen die aktuellen Untersuchungen zu unzureichenden Meldewegen auf Plattformen.

4. Welche Hürden bestehen bei der Zusammenarbeit von Schule, Jugendhilfe, Polizei und Justiz?

Die größte Hürde ist aus meiner Sicht nicht mangelnder Wille, sondern mangelnde Verbindlichkeit in den Abläufen. Viele Beteiligte wollen helfen, aber es ist oft nicht klar geregelt, wer wann welche Verantwortung übernimmt.

Schule sieht etwas, ist aber unsicher, ob schon Jugendhilfe oder Polizei einzubeziehen sind. Eltern werden informiert, fühlen sich aber überfordert. Jugendhilfe ist nicht immer früh genug eingebunden. Polizei und Justiz kommen häufig erst ins Spiel, wenn bereits viel Zeit vergangen ist oder Beweise nicht mehr sauber gesichert wurden.

Dazu kommt, dass die Systeme unterschiedlich arbeiten. Schule denkt pädagogisch, Jugendhilfe lebensweltorientiert, Polizei ermittelt strafrechtlich, Justiz braucht belastbare Verfahren. Wenn es keine klaren Schnittstellen gibt, entstehen Reibungsverluste. Und genau darunter leiden am Ende die Betroffenen.

Was fehlt, sind verbindliche Handlungswege, bekannte Ansprechpartner und mehr Routine in der Frage, wie digitale Gewalt dokumentiert, gemeldet und interdisziplinär bearbeitet wird.

5. Wie kann Opferschutz verbessert werden, ohne Kinder zusätzlich zu retraumatisieren?

Opferschutz beginnt damit, Kindern zu glauben, sie ernst zu nehmen und sie nicht mehrfach dieselbe Geschichte erzählen zu lassen. Genau hier entstehen in der Praxis oft zusätzliche Belastungen.

Kinder brauchen möglichst früh eine stabile Bezugsperson, klare Information über die nächsten Schritte und eine Vorgehensweise, die Beweissicherung und Schutz zusammendenkt. Dazu gehören

kindgerechte Kommunikation, eng abgestimmte Abläufe zwischen Schule, Jugendhilfe, Polizei und gegebenenfalls psychosozialer Prozessbegleitung.

Aus meiner Sicht ist zentral: Das Kind darf nicht zum Beweismittel werden. Es bleibt zuerst ein Kind, das Schutz braucht. Die Verfahren müssen so aufgebaut sein, dass nicht immer wieder neue Erwachsene dieselben belastenden Details abfragen. Genau dafür sind spezialisierte Strukturen und psychosoziale Prozessbegleitung wichtig. Dass entsprechende Qualifizierungen für den Schwerpunkt Kinder, Jugendliche und Heranwachsende bestehen, zeigt, dass dieser Bedarf fachlich längst anerkannt ist.

V Intervention und Strafverfolgung: Grenzen, Bedarfe, Kooperation

1. Welche strukturellen Grenzen haben Strafverfolgung und Justiz bei internationalen Plattformen, verschlüsselter Kommunikation und anonymen Accounts?

Die strukturellen Grenzen sind erheblich. Viele Plattformen agieren international, Daten liegen im Ausland, Kommunikationswege sind verschlüsselt, Accounts lassen sich anonym oder pseudonym nutzen, und Inhalte verbreiten sich schneller, als Verfahren greifen können.

Das erschwert Identifizierung, Beweissicherung und Zustellung von Anfragen. Das BKA weist selbst darauf hin, dass viele Kommunikationsprogramme standardmäßig verschlüsselt sind und Inhalte deshalb nur sehr begrenzt zugänglich sind. Gleichzeitig laufen relevante Straftaten oft über grenzüberschreitende Plattformen oder geschlossene Kanäle.

Das bedeutet nicht, dass Strafverfolgung unmöglich wäre. Aber sie ist deutlich aufwendiger, langsamer und stärker auf internationale Kooperation angewiesen, als viele im Alltag annehmen.

2. Wo braucht es klare Verfahren zwischen Schule und Jugendhilfe, Polizei und Justiz und Meldestellen?

Eigentlich an allen Übergängen.

Es muss klar sein, wann Schule intern dokumentiert, wann Eltern einbezogen werden, wann Jugendhilfe einzuschalten ist, wann eine Meldung an Plattformen oder Beschwerdestellen erfolgt und ab welchem Punkt Polizei oder Staatsanwaltschaft eingebunden werden müssen.

Gerade bei Cybergrooming, sexualisierter Gewalt, Sextortion oder schwerem Cybermobbing darf nicht von Einzelfall zu Einzelfall improvisiert werden. Dafür braucht es abgestimmte Standardverfahren, die in Schulen und Jugendhilfe bekannt sind und regelmäßig geübt werden.

Externe Meldestellen wie die Internet Beschwerdestelle oder JUUUUPORT können dabei wichtige erste Schritte erleichtern, ersetzen aber keine klaren institutionellen Zuständigkeiten.

3. Welche Ressourcen und Kompetenzbedarfe sehen Sie bei Polizei und Justiz?

Es braucht mehr Spezialisierung, mehr Digitalforensik, mehr personelle Ressourcen und deutlich mehr Fortbildung.

Digitale Gewalt, sexualisierte Gewalt im Netz, Cybergrooming, Hassdelikte oder die Beweissicherung in Chatverläufen und auf Plattformen verlangen andere Kompetenzen als klassische Delikte. Polizei und Justiz brauchen dafür technisches Know how, aber auch kindgerechten Opferschutz, Kenntnisse über Plattformdynamiken und psychologische Sensibilität.

Aus meiner Sicht ist außerdem wichtig, dass Spezialisierung nicht nur in einzelnen Schwerpunktstellen vorhanden ist. Es braucht Fläche. Denn Betroffene leben nicht nur dort, wo bereits besonders gut aufgestellte Einheiten existieren.

4. Welche Erwartungen haben Sie an Plattformen in Ermittlungs- und Opferschutzkontexten?

Meine Erwartungen sind hier sehr klar.

Plattformen müssen leicht zugängliche Meldewege bereitstellen, schnell reagieren, Beweise sichern, rechtswidrige Inhalte zügig entfernen und bei Gefährdungslagen kooperativ mit Ermittlungsbehörden zusammenarbeiten. Dazu gehören nachvollziehbare Schnittstellen, kurze Reaktionszeiten, transparente Verfahren und ein Account Handling, das Betroffene schützt statt zusätzlich belastet.

Der DSA verpflichtet Plattformen bereits zu nutzerfreundlichen Melde und Beschwerdeverfahren. Dass diese Anforderungen aktuell oft nicht zuverlässig erfüllt werden, ist dokumentiert. Gleichzeitig zeigen Beispiele aus dem Bereich der Trusted Flagger, dass strukturierte Kooperation und zügige Weiterleitung an Plattformen und BKA möglich sind, wenn Verfahren klar angelegt sind.

Was ich vermisste, ist ein konsequent kindzentrierter Schutzstandard. Nicht der Nutzerkomfort der Plattform darf im Mittelpunkt stehen, sondern die Sicherheit von Kindern und Jugendlichen.

5. Welche Änderungen wären aus Praxissicht am wirksamsten: Vollzug und Strukturen, rechtliche Anpassungen, internationale Kooperation, technische Standards?

Am wirksamsten wäre kein einzelner Hebel, sondern ein konsequentes Zusammenspiel.

Erstens braucht es besseren Vollzug. Regeln, die nicht kontrolliert und durchgesetzt werden, verlieren ihre Schutzwirkung.

Zweitens braucht es klare Strukturen im Inland. Schulen, Jugendhilfe, Polizei, Justiz und Meldestellen müssen verbindlicher zusammenarbeiten.

Drittens braucht es technische Standards. Altersverifikation, einfache Meldewege, bessere Beweissicherung, Schutz vor Wiederverbreitung und transparente Eskalationswege dürfen nicht vom guten Willen einzelner Plattformen abhängen.

Viertens braucht es internationale Kooperation. Gerade bei internationalen Plattformen, verschlüsselter Kommunikation und grenzüberschreitenden Delikten stoßen nationale Verfahren schnell an Grenzen.

Und fünftens braucht es rechtliche Anpassungen dort, wo Plattformrealität und bestehende Verfahren auseinanderlaufen. Aus meiner Sicht ist aber entscheidend: Recht allein reicht nicht. Es braucht Vollzug, technische Umsetzbarkeit und institutionelle Klarheit.

Die eigentliche Frage ist nicht, ob wir genug Probleme beschrieben haben. Die eigentliche Frage ist, ob wir endlich bereit sind, Schutz systematisch zu organisieren.

VI Institutionelle und strukturelle Perspektiven

1. Werden Risiken digitaler Medien systematisch in der Kinder- und Jugendhilfe berücksichtigt – oder vor allem reaktiv behandelt?

Aus meiner Erfahrung heraus werden Risiken digitaler Medien in vielen Bereichen noch immer überwiegend reaktiv behandelt. Häufig wird erst dann gehandelt, wenn bereits etwas passiert ist: wenn Cybermobbing eskaliert, wenn sexualisierte Gewalt sichtbar wird, wenn exzessive Nutzung zu massiven Belastungen führt oder wenn Schule und Familie bereits überfordert sind.

Die Kinder- und Jugendhilfe arbeitet sehr engagiert, aber digitale Lebenswelten sind noch nicht überall selbstverständlich Teil der Diagnostik und Prävention. Digitale Konflikte werden häufig noch als Zusatzproblem betrachtet, nicht als integraler Bestandteil von Lebenslagen.

Dabei gehören digitale Räume längst zum Alltag von Kindern und Jugendlichen. Wer Lebenslagen verstehen will, muss auch digitale Beziehungen, digitale Konflikte und digitale Risiken systematisch mitdenken. Genau hier besteht noch ein struktureller Nachholbedarf.

2. Welche strukturellen Faktoren fördern problematische Nutzung?

Problematische Nutzung entsteht selten nur durch individuelles Verhalten. Sie wird stark durch strukturelle Faktoren geprägt.

Plattformdesign spielt dabei eine zentrale Rolle. Viele Systeme arbeiten mit Endlosscrollen, algorithmischer Verstärkung, permanenten Benachrichtigungen und variablen Belohnungsmechanismen. Diese Elemente sind gezielt darauf ausgerichtet, Aufmerksamkeit möglichst lange zu binden.

Hinzu kommt die Influencer Ökonomie. Kinder und Jugendliche wachsen in einer Umgebung auf, in der Sichtbarkeit, Reichweite und Aufmerksamkeit zu zentralen Werten werden. Lebensstile, Körperbilder und Konsum werden ständig inszeniert und bewertet.

Ein weiterer Faktor ist die digitale Dauerverfügbarkeit. Kommunikation endet nicht mehr am Nachmittag oder am Schulhof. Gruppen, Chats und Plattformen sind rund um die Uhr präsent. Konflikte, Vergleiche und soziale Dynamiken hören deshalb auch nicht auf.

Diese strukturellen Faktoren müssen in der Debatte stärker berücksichtigt werden. Wenn wir problematische Nutzung verstehen wollen, dürfen wir nicht nur auf individuelles Verhalten schauen.

3. Wann und wo greift konkret die Verantwortung von Eltern, Bildungseinrichtungen, Plattformen, Strafverfolgung und Justiz – und wo bleiben Grauzonen?

Die Verantwortung verteilt sich auf mehrere Ebenen.

Eltern haben eine zentrale Rolle in der Begleitung und Orientierung. Sie prägen den Umgang mit digitalen Medien im Alltag und sind wichtige Ansprechpartner für ihre Kinder.

Bildungseinrichtungen haben die Aufgabe, Medienkompetenz systematisch aufzubauen. Schule ist der einzige Ort, an dem wir alle Kinder erreichen können. Deshalb darf Medienbildung dort kein Randthema sein.

Plattformen tragen Verantwortung für die Gestaltung ihrer Systeme. Sie entscheiden über Empfehlungslogiken, Sichtbarkeit, Meldewege und Schutzmechanismen.

Polizei und Justiz greifen dort ein, wo strafrechtliche Grenzen überschritten werden.

Grauzonen entstehen immer dann, wenn Verantwortung weitergereicht wird. Eltern fühlen sich allein gelassen, Schulen sehen sich nicht ausreichend ausgestattet, Plattformen verweisen auf Nutzungsbedingungen und staatliche Stellen greifen oft erst spät ein.

Gerade an diesen Schnittstellen entstehen die größten Lücken.

4. Welche Qualifikationsdefizite sehen Sie bei Fachkräften und welche Fortbildungsformate wären praxistauglich?

Viele Fachkräfte arbeiten mit großem Engagement. Gleichzeitig berichten sie selbst häufig, dass sie sich im Umgang mit digitalen Konflikten unsicher fühlen.

Das betrifft ganz unterschiedliche Bereiche: das Verständnis von Plattformlogiken, den Umgang mit Cybermobbing, Fragen von Datenschutz und Persönlichkeitsrechten, aber auch neue Entwicklungen wie KI Kommunikation oder digitale Radikalisierung.

Fortbildung darf deshalb nicht punktuell bleiben. Einzelne Projektstage reichen nicht aus.

Praxistauglich sind Formate, die kontinuierlich stattfinden, konkrete Fallbeispiele einbeziehen und interdisziplinär angelegt sind. Lehrkräfte, Sozialarbeit, Jugendhilfe, Polizei und Beratungsstellen

sollten stärker gemeinsam fortgebildet werden, weil digitale Konflikte selten nur ein System betreffen.

Entscheidend ist, dass Fachkräfte Handlungssicherheit entwickeln.

5. Welche innovativen Ansätze sind besonders vielversprechend oder haben sich bereits bewährt?

Es gibt eine Reihe von Ansätzen, die zeigen, dass Prävention und Intervention gut funktionieren können, wenn sie strukturiert aufgebaut sind.

Peer to Peer Programme haben sich als sehr wirksam erwiesen, weil Jugendliche oft eher mit Gleichaltrigen über digitale Probleme sprechen. Beratungsangebote wie JUUUPORT nutzen genau diesen Ansatz.

Kooperationen zwischen Schule und Polizei können ebenfalls hilfreich sein, wenn sie regelmäßig stattfinden und nicht erst im Krisenfall beginnen.

Auch niedrigschwellige Melde und Beratungsangebote spielen eine wichtige Rolle. Wenn Kinder und Jugendliche wissen, wohin sie sich wenden können, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie Hilfe suchen.

Wichtig ist jedoch, dass solche Ansätze nicht als Einzelprojekte bestehen bleiben. Sie müssen Teil einer langfristigen Strategie werden.

Am Ende zeigt sich immer wieder: Einzelmaßnahmen helfen, aber erst das Zusammenspiel aus Prävention, Bildung, Regulierung und klaren Zuständigkeiten schafft wirklich wirksamen Schutz.

Ergänzender Kommentar

Kinderschutz im Netz braucht mehr als Schlagzeilen

Kommentar von Silke Müller

Die Debatte über soziale Medien für Kinder und Jugendliche ist wieder da. Und wieder wird sie mit erstaunlicher Regelmäßigkeit auf eine einfache Frage reduziert: Brauchen wir Verbote oder reicht Begleitung? Diese Gegenüberstellung klingt eingängig. Sie produziert klare Lager und schnelle Schlagzeilen. Aber sie führt in die Irre. Denn die Realität ist komplexer.

Aktuelle Studien zeigen seit Jahren ein wachsendes Problem. Ein erheblicher Teil der Kinder und Jugendlichen nutzt soziale Medien riskant oder sogar pathologisch. Besonders dynamisch entwickeln sich Plattformen, die mit algorithmischer Verstärkung, Endlosscrollen und permanenten Reizstrukturen arbeiten. Diese Mechanismen sind kein Zufall. Sie gehören zum Geschäftsmodell.

Wir sprechen also nicht über neutrale Räume. Wir sprechen über digitale Umgebungen, die gezielt Aufmerksamkeit binden und Verhalten beeinflussen. Und wir sprechen über Kinder.

Schutzräume sind Voraussetzung für Freiheit

In jeder Gesellschaft setzen wir Regeln, wenn Schutz notwendig ist. Wir regulieren Straßenverkehr, Arzneimittel, Jugendschutz oder Glücksspiel. Nicht, weil Regeln jedes Problem lösen. Sondern weil sie Orientierung schaffen und Risiken begrenzen. Warum sollte das im digitalen Raum anders sein?

Wir brauchen wirksame Altersverifikation, transparente Algorithmen und klare Grenzen für suchtfördernde Designmechanismen. Endlosscrollen, aggressive Pushstrukturen und manipulative Verstärkungslogiken sind gestaltbare Systeme. Sie sind keine Naturgesetze.

Plattformen tragen Verantwortung für die Architektur ihrer Räume. Gleichzeitig wäre es naiv zu glauben, Regulierung allein löse das Problem. Digitale Räume sind global, dynamisch und attraktiv. Jugendliche werden immer Wege finden, Beschränkungen zu umgehen. Deshalb braucht es mehr. Regulierung ohne Bildung bleibt symbolisch. Bildung ohne Regulierung bleibt wirkungslos.

Kindheit und Jugend sind nicht dasselbe

Ein zentraler Punkt wird in der öffentlichen Debatte häufig übersehen: Wir müssen zwischen Kindheit und Jugend unterscheiden. Kindheit ist Schutzraum. Jugend ist Vorbereitungsphase auf verantwortliche Teilhabe. Kinder brauchen klare Grenzen. Jugendliche brauchen Begleitung auf dem Weg zu digitaler Selbstverantwortung. Das ist keine ideologische Position, sondern entwicklungspsychologische Realität.

Oft wird das Argument des „Rechts auf digitale Teilhabe“ angeführt. Doch Teilhabe ohne Vorbereitung ist keine Freiheit. Sie ist Überforderung. Kein Mensch würde jemanden ohne Ausbildung und Prüfung in ein Auto setzen und das Selbstbestimmung nennen. Warum erwarten wir digitale Mündigkeit ohne systematische Vorbereitung?

Medienkompetenz ist mehr als Geräte bedienen

Wenn von Medienkompetenz die Rede ist, bleibt häufig unklar, was genau gemeint ist. Wischen können ist keine Kompetenz. Digitale Souveränität bedeutet, zu verstehen, wie Plattformen funktionieren. Algorithmen zu durchschauen. Geschäftsmodelle zu erkennen. Desinformation zu identifizieren. Mit Daten verantwortungsvoll umzugehen. Und zu wissen, wie respektvolle Kommunikation im digitalen Raum aussieht. Das ist nicht nur eine technische Fähigkeit. Es ist eine kulturelle Kompetenz.

Und sie betrifft nicht nur Kinder. Auch Eltern brauchen Orientierung. Lehrkräfte benötigen Ausbildung und Zeit für Weiterbildung. Großeltern spielen gerade in der Pubertät häufig eine wichtige Rolle als Vertrauenspersonen, gleichzeitig sind viele ältere Menschen selbst Ziel von Desinformation oder digitalem Betrug. Medienkompetenz ist keine Aufgabe einzelner. Sie ist eine gesellschaftliche Aufgabe.

Das Bildungssystem ist darauf nicht vorbereitet

Doch genau hier zeigt sich ein strukturelles Problem. Digitale Bildung ist in Deutschland bis heute kein zentraler Bestandteil des Bildungssystems. Sie taucht in Lehrplänen auf, aber oft nur am Rand.

Viele Lehrkräfte fühlen sich selbst unzureichend vorbereitet. Fortbildungen sind ungleich verteilt, verbindliche Standards fehlen.

Digitale Souveränität ist im System kein Kernauftrag, sondern häufig ein Zusatz. Das ist ein Fehler. Digitale Bildung gehört in den Mittelpunkt.

Deshalb plädiere ich für ein verbindliches Digital Literacy Training. Ein fester Tag pro Woche ab der Grundschule, an dem Kinder und Jugendliche lernen, wie digitale Räume funktionieren und wie sie sich darin sicher und verantwortungsvoll bewegen.

Dabei geht es nicht um Tablets oder Technikspielereien. Es geht um grundlegende Fragen unserer Zeit: um Daten, Manipulation, Verantwortung und demokratische Teilhabe.

Verantwortung liegt auf vielen Schultern

Die Lösung liegt nicht in einer einzelnen Maßnahme.

Politik muss klare Leitplanken setzen und durchsetzen. Plattformen müssen Verantwortung für ihr Design übernehmen. Schulen brauchen Zeit, Strukturen und Ausbildung für digitale Bildung. Eltern müssen ihre Rolle in der digitalen Begleitung ihrer Kinder ernst nehmen. Und Medien sollten aufhören, diese Debatte auf einfache Gegensätze zu reduzieren. Kinderschutz ist keine parteipolitische Frage und kein Kulturkampf. Er ist eine gemeinsame Verantwortung.

Schluss mit falschen Gegensätzen

Vielleicht ist es gut, dass die Debatte wieder Fahrt aufgenommen hat. Aber sie darf nicht bei Schlagzeilen stehen bleiben. Die entscheidende Frage lautet nicht: Verbote oder Begleitung. Die entscheidende Frage lautet: Sind wir bereit, Regeln, Bildung und Verantwortung endlich zusammenzudenken und unser Bildungssystem auf eine digitale Gesellschaft auszurichten?

Denn die digitale Welt, in der Kinder heute aufwachsen, verschwindet nicht. Die Frage ist nur, ob wir sie verantwortlich gestalten und die Kontrolle zurückgewinnen.